

Was vom Amokläufer von Salez bekannt ist

Die Behörden informieren im Fall des Amoklaufs äusserst spärlich

Von Michael Surber

Basel. Der Amoklauf von letztem Samstagnachmittag, der sich auf der Zugstrecke zwischen Buchs und Sennwald kurz vor dem Bahnhof Salez ereignete, forderte fünf zum Teil Schwerverletzte und bis jetzt zwei Todesopfer: Neben dem Täter erlag am Sonntag auch eine 34-jährige Frau ihren schweren Verletzungen.

Was weiss man bis jetzt vom Amokläufer? Die Polizei des Kantons St. Gallen kommunizierte bisher äusserst zurückhaltend. Einzig Alter und Nationalität wurden noch am Tag der Tat via Medienmitteilung der Öffentlichkeit mitgeteilt. Beim Täter handelt es sich demnach um einen 27-jährigen Schweizer mit «typisch schweizerischem Namen», wie die St. Galler Behörden verlauten liessen. Weitere Einzelheiten

über den Amokläufer finden sich in der Medienberichterstattung zum Fall: Die Tageszeitung *Blick* berichtete in ihrer gestrigen Ausgabe als Erste, dass es sich beim Täter um den im Fürstentum Liechtenstein seit rund drei Jahren zur Untermiete wohnhaften Simon S. handle. Er arbeitete in einem Teilzeitpensum bei einem Autozulieferer in der Region Rheintal. Das *St. Galler Tagblatt*, nicht nur geografisch nah am Geschehen, wusste in seiner Online-Ausgabe von gestern Genaueres zur beruflichen Anstellung von Simon S.: Ein Vertreter des Unternehmens erklärt der Zeitung, «dass der Täter im Betrieb eine Lehre als Automater absolviert habe und im Anschluss als Werkstudent angestellt gewesen sei. Vor einem halben Jahr sei er allerdings aus dem Unternehmen ausgeschieden.» Zudem habe er an der Hochschule für Technik in Buchs stu-

diert. Von den Nachbarn wurde Simon S. als «hochgewachsen und dünn, ein Schlacks mit Brille» umschrieben.

Hausdurchsuchungen

Schon am Samstag durchsuchte die Landespolizei des Fürstentums Liechtenstein im Rahmen eines Amtshilfegesuches des Kantons St. Gallen die Wohnung des Täters. Dies wurde in der gestrigen Medienmitteilung der Kantonspolizei St. Gallen bestätigt: «Es kam zu einer Hausdurchsuchung an seinem Aufenthaltsort im Fürstentum Liechtenstein.» Gemäss einer Medienmitteilung der Kantonspolizei vom Sonntag hatte der Amokläufer seinen offiziellen Wohnort jedoch nicht im Fürstentum Liechtenstein, sondern «in einem Nachbarkanton des Kantons St. Gallen». Der Kanton St. Gallen grenzt an sieben Kantone (Appenzell Ausserrhodon und



Tatort Südostbahn. Die Polizei ermittelt in alle Richtungen. Bislang fand sie keine Anzeichen für ein terroristisches oder politisches Motiv. Foto Keystone

Appenzell Innerrhodon, Glarus, Graubünden, Schwyz, Thurgau und Zürich). In welchem von diesen der Täter offiziell gemeldet ist, wird von Behördenseite nicht weiter spezifiziert. Es fragt sich, weshalb diese Information bis jetzt zurückgehalten wird. Der Mediensprecher konnte für eine Stellungnahme nicht erreicht werden.

Die Behörden doppelten in der gestern wohl als Reaktion auf die mediale Berichterstattung verfassten Mitteilung gar in gleicher Weise nach: «Die Kantonspolizei St. Gallen hält an ihrer Kommunikation fest, dass der offizielle Wohnort des beschuldigten 27-jährigen Mannes in einem Nachbarkanton des Kantons St. Gallen war.» Dort ist ebenfalls schon eine Hausdurchsuchung durchgeführt worden.

Weitere Ermittlungen

Das Motiv des Täters ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht bekannt und Teil der laufenden Ermittlungen. Es werde in alle Richtungen ermittelt, wie

es bei der St. Galler Kantonspolizei heisst. Die Behörden liessen am Sonntag jedoch verlauten, dass es bislang keine Anzeichen für eine «terroristische oder politisch motivierte Tat» gibt.

Die Ermittlungen bezüglich des Tatmotivs werden dadurch erschwert, dass der Täter kurz nach dem Amoklauf verstarb. Eine direkte Befragung war nicht mehr möglich. «Wenn ein Beschuldigter während eines Verfahrens stirbt, führt dies in der Regel zu einer Einstellung», erklärt Roman Dobler, Sprecher der St. Galler Staatsanwaltschaft, der Nachrichtenagentur *SDA*. Dies habe aber im vorliegenden Fall keinen Einfluss auf die laufenden Ermittlungen, stellt Dobler klar.

Der Sachverhalt müsse so gut wie möglich abgeklärt werden, auch wenn der mutmassliche Täter nicht mehr am Leben sei. Denn es könne theoretisch sein, dass bei den Abklärungen noch Mittäter auftauchen. Im konkreten Fall gebe es dafür allerdings keine Hinweise, betont Dobler.

Vorschnelle Lehren aus dem Verbrechen

Bahn-Experten und Politiker rufen nach mehr Überwachung und mehr Polizei

Salez. Noch ist das Verbrechen von Salez ein einziges grosses Rätsel. Dennoch scheinen einige schon die Lösung zur Hand zu haben, wie künftig ähnliche Vorfälle im öffentlichen Verkehr verhindert werden könnten. Martin Graf, Geschäftsführer des Bahn-Sicherheitsunternehmens Securitrans, fordert beispielsweise: «Wir müssen die Bahnhofspräsenz auf 24 Stunden verteilen.»

Auch Gewerkschafter nützen die Gunst der Stunde. Hans-Ueli Schürch, Zentralpräsident des Lokomotiv-Perso-

nalverbands, verlangt: «Es braucht wieder in jedem Zug einen Zugbegleiter.»

«Präsenz markieren»

Taten wie diejenige von Salez werden sich in Zukunft auch mit noch so ausgeklügelten Mitteln nicht verhindern lassen. Kurt Schreiber, Präsident von Pro Bahn, glaubt trotzdem an die präventive Wirkung von patrouillierenden Uniformierten: «Eine verstärkte Bewachung der Bahnhöfe ist eine gute Idee. Verstärkte Präsenz an Bahnhöfen

erschreckt potenzielle Täter ab und ermöglicht verstärkte Kontrollen von Personen und Gepäck.» Die Zürcher SP-Nationalrätin Chantal Galladé, deren Partei unterm Jahr kaum je für einen Ausbau der Polizei eintritt, plädiert ebenfalls für mehr Kantonspolizisten, «die am Bahnhof aushelfen und Präsenz markieren». Der Schaffhauser SVP-Nationalrat Thomas Hurter hingegen macht sich keine Illusionen: «Irgendwo ein paar Securitrans aufzustellen, ist nicht zielführend.» mfu

Die Energiestrategie 2050 soll vors Volk

Die SVP entscheidet am Freitag darüber, ob sie ein Referendum unterstützen wird

Von Kurt Tschan

Freiburg/Bern. «Die Energiestrategie 2050 bringt riesige Kosten, aber keinen Nutzen.» Davon ist Lukas Weber von der Agentur E überzeugt, die den Newsletter von Alliance Energie herausgibt. Der gebürtige Birsfelder, der seit Jahren in Freiburg lebt, kündigte gestern auf elektronischem Weg die Unterschriftensammlung zum Referendum mit Blick auf die parlamentarische Schlussberatung im Oktober an. Anschliessend hat er 100 Tage Zeit, die 50 000 Unterschriften zu sammeln.

Die Chancen dafür stehen gut, da die SVP die Vorlage in der vorliegenden Form im Parlament stets bekämpft hat und deshalb auf den Referendums-GVP aufspringen dürfte. Auf Antrag der SVP Zürich wird der Parteivorstand bereits am Freitag darüber befinden, ob er das

Referendum unterstützen wird. Einen Tag später soll die Delegiertenversammlung in Wettingen darüber informiert werden.

«Die SVP ist der Meinung, dass die Schweizer Bevölkerung zu einer derart massiven Zusatzbelastung und energiepolitischen Fehlkonstruktion sowie zum Umbau der gesamten Energiepolitik zwingend die Meinung äussern sollte», sagte gestern SVP-Generalsekretär Gabriel Lüchinger der BaZ. Dies habe die Partei bereits in der parlamentarischen Beratung immer wieder betont. Lüchinger bestätigte, dass bereits an der konkreten Umsetzung des Referendums gearbeitet werde.

Würden die Wirtschaftsverbände nicht mitziehen, werde man notfalls «eben einmal mehr auch alleine» für die Bevölkerung und die KMUs kämpfen müssen. Sie seien es nämlich, «die für

dieses utopische Abenteuer die Zeche bezahlen werden», sagte Lüchinger.

Abstimmung im Jahr 2017

Die Energiestrategie 2050 des Bundes nahm wenige Tage nach der verheerenden Naturkatastrophe im japanischen Fukushima ihren Anfang, bei der 18 500 Menschen durch einen Tsunami getötet wurden und in dessen Verlauf es auch zu Störfällen in Kernkraftwerken gekommen war.

Ziel der Strategie des Bundes ist die Reduktion des Verbrauchs fossiler Energie (Öl, Gas, Benzin), der Verzicht auf Atomstrom und eine Reduktion des Stromverbrauchs. Bis 2035 sollen der Energieverbrauch um 43 Prozent (gegenüber 2000) und der Stromverbrauch um 13 Prozent sinken; die Stromproduktion aus Wind, Sonne, Kleinwasser, Biomasse und Geothermie

(neue erneuerbare Energien) soll gemäss Nationalrat auf 14,5 Terawattstunden steigen. Der Ständerat hat die Vorgabe auf 11,4 Terawattstunden gesenkt. Die Schweiz verbraucht heute rund 60 Terawattstunden Strom.

Die Kosten für Erneuerung und Betrieb der bestehenden Kraftwerke dürften 126 Milliarden Franken verschlingen, der Bau und Betrieb neuer Kraftwerke weitere 67 Milliarden. Für den Um- und Ausbau der Stromnetze würden 18 Milliarden fällig.

Weber rechnet damit, dass er auch von der jungen SVP sowie den Jungfreisinnigen unterstützt werden könnte. Bundesrätin Doris Leuthard habe bereits angekündigt, dass im Fall eines Zustandekommens des Referendums die Volksabstimmung möglichst rasch in der ersten Hälfte des Jahres 2017 stattfinden werde.

Kommentar

Recht so

Die Energiestrategie 2050 ist eine der grössten Fehlkonstruktionen der Eidgenossenschaft seit 1848. Und sie wird nicht besser mit immer neuen Flickenteppichen und noch grösseren Subventionstöpfen. Der Flurschaden ist bereits beträchtlich. Die Wasserkraft, als grünste aller erneuerbaren Energien, ist ein Sanierungsfall geworden und der Hype auf Wind- und Sonnenenergie funktioniert nur mit massiven Zuschüssen der Verbraucher. Die Effizienzmassnahmen an Gebäuden schliesslich bringen Hausbesitzer wie Mieter in Rage. Das Referendum ist deshalb nichts anderes als ein Testfall für oder wider die Vernunft. Kurt Tschan

ANZEIGE



14 Tage!

Mit Highlights wie JAMAICA, MEXICO und COSTA RICA!

Nicht nur ein Reiseziel, sondern ein Lebensgefühl: Jetzt Mittelamerika buchen.

Mein Schiff.



PREMIUM ALLES INKLUSIVE

Ohne Aufpreis

MITTELAMERIKA
Mein Schiff 4
November 2016 bis März 2017
14 Nächte
Balkonkabine
ab **CHF 2162.-****

Nur Mein Schiff® hat **Premium Alles Inklusive** an Bord. Erfahren Sie mehr in Ihrem Reisebüro, auf www.tuicruises.com oder unter + 49 40 600 01-5111.



* Im Reisepreis enthalten sind ganztägig in den meisten Bars und Restaurants ein vielfältiges kulinarisches Angebot und Markengetränke in Premium-Qualität sowie Zutritt zum Bereich SPA & Sport, Kinderbetreuung, Entertainment und Trinkgelder. | ** Flex-Preis (limitiertes Kontingent) für 14 Tage p. P. bei 2er-Belegung einer Balkonkabine ab/bis Hafen. Der angegebene Preis in Schweizer Franken (CHF) ist ein Referenzpreis. Er beruht auf dem Wechselkurs von EUR zu CHF 1,08 (Stand 07.07.2016). Der tatsächlich zu bezahlende Preis in CHF hängt vom jeweiligen Tageswechselkurs der Banken sowie eventuell anfallenden Gebühren ab. TUI Cruises GmbH - Anckermannsplatz 1 - 20537 Hamburg - Deutschland

